



# Bekanntmachung

Vollzug des Baugesetzbuches (BauGB); Aufstellung des  
vorhabenbezogenen Bebauungsplanes

## „SO Freiflächenphotovoltaikanlage Hilbing“ mit integriertem Grünordnungsplan

### Bekanntmachung der Genehmigung

Mit Bescheid vom 22.11.2023, Nr. 62 BP, hat das Landratsamt Passau den vorhabenbezogenen  
Bebauungsplan

#### „SO Freiflächenphotovoltaikanlage Hilbing“

in der Fassung vom 29.08.2023 genehmigt. Diese Genehmigung wird hiermit gemäß § 10 Abs. 3 BauGB  
ortsüblich bekannt gemacht. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft. Jedermann kann  
den Bebauungsplan mit der Begründung sowie die zusammenfassende Erklärung über die Art und Weise,  
wie die Umweltbelange und die Ergebnisse der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung in dem  
Bebauungsplan berücksichtigt wurden, und aus welchen Gründen der Plan nach Abwägung mit den  
geprüften, in Betracht kommenden anderweitigen Planungsmöglichkeiten gewählt wurde, im Rathaus der  
Verwaltungsgemeinschaft Rotthalmünster Malching, Zimmer OG 06, Marktplatz 10, 94094 Rotthalmünster,  
während der üblichen Öffnungszeiten (Montag bis Donnerstag 08:00 bis 16:00 Uhr, Freitag 08:00 bis 12:00  
Uhr) einsehen und über deren Inhalt Auskunft verlangen.

Unbeachtlich werden demnach

1. eine nach § 214 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten  
Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über  
das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans,
3. nach § 214 Abs. 3 S. 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs und
4. nach § 214 Abs. 2a BauGB im beschleunigten Verfahren beachtliche Fehler,

wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung des Bebauungsplans schriftlich gegenüber der  
Gemeinde geltend gemacht worden sind; der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen  
soll, ist darzulegen. Außerdem wird auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 sowie Abs. 4 BauGB  
hingewiesen. Danach erlöschen Entschädigungsansprüche für nach den §§ 39 bis 42 BauGB eingetretene  
Vermögensnachteile, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die  
Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit des Anspruches herbeigeführt wird.

Auf die Voraussetzungen für die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und  
von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB wird hingewiesen.

Malching, 12. April 2024

**Gemeinde Malching**

Hofer  
Erster Bürgermeister



Zum Aushang am: 15.04.2024  
Abgenommen am: 17.05.2024